

Dazu gehört auch: die andauernde und ernstgemeinte Ermunterung zu Engagement.

Und der Bundestag? Unser Parlament sollte in jeder Legislaturperiode in einer großen Debatte den Zustand der Gesellschaft und Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus diskutieren. Dazu sollte die Bundesregierung

jeweils einen Bericht vorlegen. So könnte eine dauerhafte und fundierte politische Auseinandersetzung durch Parlament und Regierung mit der rechtsextremen Gefahr etabliert werden. Die blassen Vokabeln Kontinuität und Nachhaltigkeit könnten und sollten gerade bei dieser politisch-moralischen Herausforderung Kraft und demokratische Farbe gewinnen! ■

Timo Reinfrank

Zivilgesellschaft vor Ort

Was sich bei der Unterstützung von Initiativen gegen rechts ändern muss

Nach der Aufdeckung der jahrelangen Mordserie des NSU ist die Bundesregierung in hektische Aktivität verfallen. Neue Gesetze, Abwehr- und Kompetenzzentren sollen nun die Fehler der Vergangenheit kompensieren. Dabei beobachten die zivilgesellschaftlichen Initiativen seit Jahren eine Kontinuität im rechtsextremen Alltagsterror, werden aber in ihrer Arbeit oft allein gelassen. Unser Autor fordert daher mehr Unterstützung, Anerkennung und Schutz für die Engagierten gegen Rechts vor Ort.

Nach dem wiederholten Einzug der NPD 2011 in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (mit 6 % der Stimmen) hatte der SPD-Politiker und Sprecher der AG »Strategien gegen Rechts« im Bundestag, Sönke Rix, vorgeschlagen, stärker vor Ort aktiv zu werden und die Neonazis künftig noch mehr mit deren eigenen Mitteln zu schlagen. Er wollte überall dort, wo die NPD ein Bürgerbüro aufmacht, mit gezielten Gegenangeboten reagieren und Präsenz zeigen. Dafür könne er sich auch Unterstützung von außen vorstellen.

Die Reaktion folgte umgehend. Initiativen aus Mecklenburg-Vorpommern verbatene sich mit deutlichen Worten eine Einmischung von außen. Aus ihrer Sicht hilft es allein, die bestehenden Initiativen arbeiten zu lassen. Eine weitere Diskussion über Unterstützungsangebote und die Ursachen des wiederholten Einzuges in



Timo Reinfrank

(* 1973) ist Politikwissenschaftlicher und Stiftungskoordinator der Amadeu Antonio Stiftung. Seit 2006 ist er auch Vorsitzender des Vereins für demokratische Kultur, dem Trägerverein der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin.

Timo.Reinfrank@amadeu-antonio-stiftung.de

den Landtag wurde damit abgeblockt. Der Schweriner Regierungschef Erwin Sellering tat das übrige dazu, indem er indirekt die westdeutschen Bundesländer für den Wiedereinzug der NPD verantwortlich machte, da diese einem NPD-Verbot nicht zustimmen wollten. Eine ähnliche Reaktion war auch bei der Selbstenttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrundes« zu beobachten. Trotz noch andauernder Ursachenanalyse über die notwendige Auseinandersetzung mit Rassismus präsen-

tierte die Bundesregierung ein »Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus«.

Dabei geht es im Kern nur um die sogenannte Verbunddatei für rechtsextreme Gewalttäter. Zudem wurden ein gemeinsames Bund-Länder-Abwehrzentrum gegen Rechts beim Bundeskriminalamt und ein Bundeskompetenzzentrum für die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus eingerichtet. Das Kompetenzzentrum, beim Bundesfamilienministerium angesiedelt, soll sich vor allem auf die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen konzentrieren.

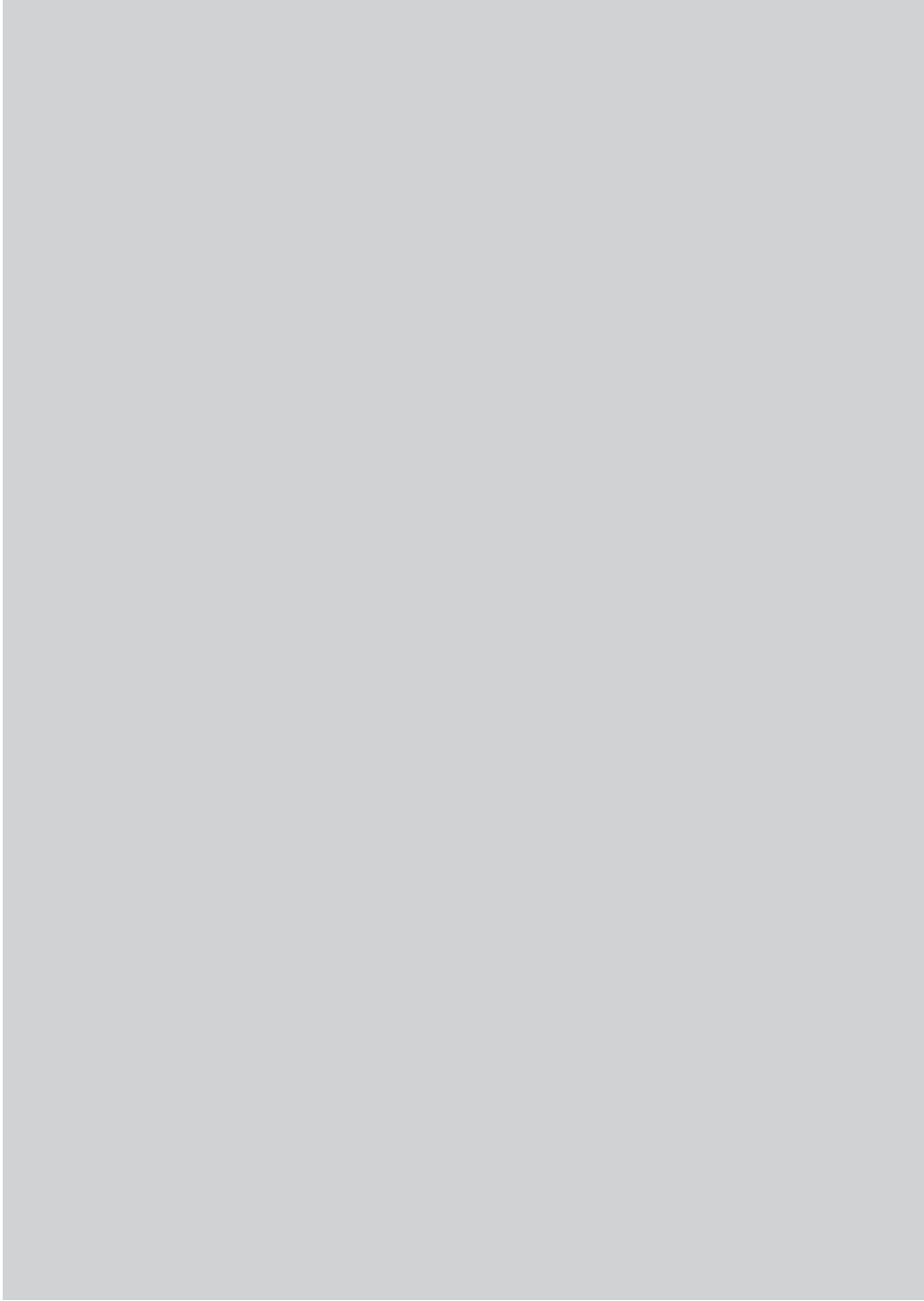
Die eigentlichen Gründe für die Verfehlungen der Sicherheitsbehörden, die die jahrelange Mordserie ermöglicht haben, werden nicht als Ursache benannt: Die Blindheit gegenüber dem Rassismus bei Polizei und Verfassungsschutz oder die Relativierung des Rechtsextremismus durch die permanente Gleichsetzung mit dem Extremismus der radikalen Linken. Angesichts dessen, dass der militante Rechtsextremismus in organisierter Form in Deutschland derzeit nicht das Ausmaß früherer Zeiten erreicht, überraschen doch die hektischen Regierungsaktivitäten. Denn seit Jahren beobachten zivilgesellschaftliche Initiativen eher eine Kontinuität im Bereich des rechten Alltagsterrors. Diese zeigt sich in zahlreichen Waffenfunden, Brandanschlägen auf Jugendzentren oder tagtäglicher rassistischer Gewalt.

Länge der konjunkturellen Aufmerksamkeit wird immer kürzer

Für die Initiativen und Projekte, die sich vor Ort engagieren, hat sich in den letzten Jahren wenig getan. Zwar gibt es mittlerweile vor allem in Ostdeutschland und in einigen westdeutschen Bundesländern ein Unterstützungssystem aus mobilen Bera-

tungsteams und Opferberatung sowie vernetzten Organisationen und Stiftungen auf Landes- und Bundesebene, die vor allem in den größeren Städten angekommen sind. Aber all dies hilft nichts, wenn es keine engagierten Menschen vor Ort gibt, die sich für eine demokratische Kultur im Alltag einsetzen, sich mit Opfern rechter Gewalt solidarisieren oder verhindern, dass Neonazis sich als lokale Kümmerer inszenieren können. Nach wie vor gibt es viele Orte im Osten und einige im Westen, wo Neonazis die Hegemonie innehaben. Die Öffentlichkeit hört nur wenig davon, viele Engagierte sind weggezogen, sind »erfolgreich« eingeschüchtert worden oder haben aufgrund mangelnder Erfolge und fehlender Unterstützung aufgegeben.

Auch nach den NSU-Morden machen gerade die Initiativen vor Ort wieder die Erfahrung, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus immer nur konjunkturell funktioniert und Aktive vor Ort in letzter Konsequenz häufig alleine da stehen. Nach dem vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2000 aufgerufenen »Aufstand der Anständigen« hatte es eine breite Mobilisierung gegeben und vor Ort begannen sich viele Initiativen und Projekte zu engagieren. Die Basis und Anzahl der unterschiedlichen Initiativen ist seitdem nicht größer, die Länge der konjunkturellen Aufmerksamkeit jedoch immer kürzer geworden. Unmittelbar nachdem die mediale Aufmerksamkeit für die Arbeit gegen Rechtsextremismus nachgelassen hatte, setzte schon der Kampf um die Deutungsmacht im kommunalen Raum ein. Seitdem müssen die Engagierten immer an zwei Fronten kämpfen: Zum einen gegen die rechte Szene und zum anderen um die Anerkennung ihrer Arbeit in der Kommune. Dies ist bis heute so geblieben. Ob sich nach den Morden durch den NSU etwas ändert, ist angesichts der Fixierung der Landes- und Bundespolitik auf die Feh-



ler in der Sicherheitsarchitektur fraglich, auch wenn die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse mit der breiten Ausrichtung und dem Bemühen um Sachlichkeit in der Ausschussarbeit im Bund und in den Ländern Anlass zur Hoffnung geben. Evaluationen, Qualitätsentwicklung und eine verbesserte Steuerung der Sicherheitsbehörden dürfen jedoch nicht die alleinige Antwort des Staates auf die Mordserie sein.

Jenseits der konjunkturellen Aufmerksamkeit bleibt das Problem der Gewaltbereitschaft, die von rechter Seite mit einer Strategie der gezielten Einschüchterung für engagierte Bürgerinnen und Bürger verbunden wird. Es ist der rechten Szene gelungen, die Bedrohung immer gegenwärtig zu machen. Die Drohung jederzeit Gewalt gegen politisch Andersdenkende einzusetzen wirkt sich auf das Alltagsleben vieler Engagierter aus. Jede Aktivität muss durchdacht werden im Hinblick auf mögliche Konsequenzen für die Familienmitglieder und Freunde. Jeder Kinobesuch, jede Teilnahme an einer Abendveranstaltung oder Fahrt mit dem öffentlichen Personennahverkehr wird zum Sicherheitsrisiko. Engagierte Demokraten werden zunehmend öffentlich im Internet an den Pranger gestellt, mit Anschrift und alltäglichen Gewohnheiten. In den Sozialen Netzwerken wird zu Angriffen und »Hausbesuchen« aufgerufen. Angesichts der Tatsache, dass die Verfassungsschutzbehörden in ihren Jahresberichten für 2011 eine Zunahme der Militanz und des Erfolgs der Autonomen Nationalisten innerhalb der rechten Szene konstatierten, ist dies besonders Besorgnis erregend. Die richtige Antwort des Staates auf diese Drohkulisse von Rechts müsste vor allem der Schutz betroffener Initiativen und engagierter Einzelpersonen sein. Dazu müsste von der Polizei – in vertrauensvoller Zusammenarbeit – ein umfassendes Sicherheitskonzept erarbeitet werden. Jedoch fehlt der Polizei gerade vor Ort häufig das notwendige De-

tail- und Handlungswissen über diese gewaltbereite Szene.

Kein Erfolg ohne Zivilgesellschaft

Auch wenn der Schlüssel in der Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut und der Gewalt immer vor Ort liegt, hat sich doch in der Vergangenheit gezeigt, wie hilfreich die angemessene Unterstützung und Hilfe von außen sein kann. Gerade die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus – wie auch zivilgesellschaftliche Strategien – haben dabei stets auf die kommunalen Verwaltungen und deren Spitze, den Bürgermeister, gesetzt. Dies hat sich als nur bedingt erfolgreich erwiesen. Die kommunalen Erfolge gegen Rechts sind rar geblieben. Erfolge gab es vor allem dort, wo es eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft gab. Die meisten Namen dieser Städte sind mittlerweile auch bundesweit bekannt: Wunsiedel, Pirna, Verden und Jena. Für viele Städte und vor allem für die ländlichen Regionen ist die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aber immer noch ein Tabu. Der entscheidende Erfolgsfaktor scheinen jene Initiativen zu sein, denen es gelungen ist, breite Bevölkerungsteile hinter sich zu versammeln und eine ausgewogene und sachliche Problemwahrnehmung zu vertreten. Gerade daran gilt es in Zukunft zu arbeiten.

Den Initiativen wäre es zu wünschen, dass sie langfristige und unkomplizierte Unterstützung, Anerkennung und Schutz von außen bekommen würden. Dafür müsste jedoch die Arbeit gegen Rechtsextremismus und – weitergefasst – die Arbeit gegen alle Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als eine Daueraufgabe anerkannt werden. Die Unterstützer, vor allem die Länder und der Bund, dürfen sich nicht mehr auf einzelne Projekte, Programme oder ihre Anregungsfunktion beschränken oder hinter der Bun-

deshaushaltsordnung verstecken. In anderen Politikfeldern hat die Politik auch bewiesen, dass sie in der Lage ist, Probleme dauerhaft anzugehen. Die vom Bundesfamilienministerium geforderte sogenannte Extremismuserklärung ist so ziemlich das Gegenteil dessen, was von den Initiativen als Unterstützung verstanden wird. Seit deren Einführung stellt ihre Unterzeichnung die Grundvoraussetzung für eine Förderung durch den Bund dar. In ihr müssen sich die Projekte selbst, aber auch ihre

Partner, zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen und für ihre Partner haften. Die Erklärung ist in ihrer Beliebigkeit nicht nur ein Symbol des Misstrauens, sondern auch eine Androhung der permanenten Kontrolle bis hin zur Mittelrückforderung, was für viele Organisationen dem finanziellen Ruin gleichkäme. In den Kommunen wirkt sie vor allem als Bestätigung des Vorurteils, dass die meisten Engagierten gegen Rechts links-extrem seien. ■

Gespräch mit Wilhelm Heitmeyer

»Staatliche Repression schafft auch rechtsextreme Innovation«

Wilhelm Heitmeyer ist Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Sein hauptsächliches Forschungsinteresse gilt dem Rechtsextremismus, sozialer Desintegration und »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit«. Er ist u.a. Herausgeber der Schriftenreihe »Deutsche Zustände« im Suhrkamp-Verlag. In der zehnjährigen Langzeitstudie wurden dort die Ängste der Deutschen, ihre Einstellungen gegenüber schwächeren Gruppen und zur Demokratie dokumentiert. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

NG/FH: Rechtsextremismus ist ein offenbar zunehmend bedrückendes und bedrängendes Thema, mit dem unsere Gesellschaft nicht fertig wird. Es wird viel diskutiert, aber es zeigen sich kaum Fortschritte. War die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle vor diesem Hintergrund überhaupt überraschend?

Wilhelm Heitmeyer: Da ist zu differenzieren. Man darf nicht den Fehler begehen, die Mordserie dieser Tätergruppe vom angeblich intakten Teil der Gesellschaft abzutrennen. Hinter dieser Fehlinterpretation steckt meines Erachtens in erster Linie ein Kontrollparadigma in bestimmten politischen Bereichen. Das soll heißen: Wenn wir besser kontrollieren, etwa den Verfassungsschutz aufrüsten usw., dann kriegen wir »die alle« und abgesehen davon müs-

sen wir uns um das Entstehungs- und Radikalisierungsparadigma, dem was also hinter der Radikalisierung steckt, nicht kümmern. Was wir in dem Forschungsprojekt »Deutsche Zustände« aber untersuchen, ist die Entwicklung in den Einstellungsmustern und Mentalitäten der Bevölkerung. Diese Abwertungsmuster, wir nennen das »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«, also die Diskriminierung schwacher Gruppen in der Gesellschaft wie Zugewanderter, Homosexueller, Obdachloser usw., können immer als Legitimationen für Gewalt in anderen Bereichen verwendet werden. Diese anderen Bereiche sind Rechtspopulismus, freie Kameradschaften oder neuerdings die Szene der autonomen Nationalisten, sowie weitere Zulieferer- und Unterstützerguppen, die bereits im Halbdunkeln agieren. Man muss das alles als